

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Michael Müller MdB fordert  
der Ausländerdiskriminierung  
mit Integrationsleistungen  
entgegentreten: Mehr  
Rechte für unsere Mitbürger.  
Seite 1

Georg Schlaga MdB zur Lage  
in Pakistan: Demokratisie-  
rung kann nicht mit Gewalt  
erreicht werden.  
Seite 4

Dokumentation  
Die mit dem Hohen Flücht-  
lingskommissar der Verein-  
ten Nationen in der Bundes-  
republik Deutschland und  
den Wohlfahrtsverbänden zu-  
sammenarbeitende Rechtsbe-  
raterkonferenz hat gefordert,  
„das Asylrecht wie ein kost-  
bares Kleinod zu schützen“.  
Ihre Erklärung im Wortlaut  
auf Seite 6

41. Jahrgang / 161

26. August 1986

Mehr Rechte für unsere ausländischen Mitbürger!

Der Diskriminierung mit Integrationsleistungen entgegentreten

Von Michael Müller MdB

Mit großer Sorge muß der Stimmungsumschwung gegenüber Ausländern, die wir einmal als Arbeitnehmer angeworben haben, und ihren Ehepartnern und Kindern gesehen werden. Eine veränderte Einstellung ist in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu verzeichnen. Die Verunsicherung und eine gewachsene Feindlichkeit auf allen Seiten ist nicht zu übersehen. Ihre deutlichste Ausprägung verzeichnet diese Veränderung in der Haltung gegenüber türkischen Mitbürgern, aber auch aktuell gegen die Asylbewerber.

Zahlreiche Vorfälle weisen auf eine gewachsene ausländerfeindliche Einstellung hin. So haben beispielsweise 200 Kinder beim Schreibwettbewerb der Zeitschrift „Metall“ zum Thema „Ausländer und Inländer“ mitgemacht. Die meisten Beiträge beschäftigten sich mit Vorurteilen. Auffallend bei den deutschen Kindern war das Eingeständnis, daß sie manchmal, ohne es zu wissen warum, etwas gegen einen ausländischen Mitschüler hatten.

Die Berichte der ausländischen Kinder sind keine Anklageschriften, aber bezeichnende Zustandsdokumente. Kinder haben besondere Schwierigkeiten mit Ausländerfeindlichkeit fertig zu werden, wenn zum Beispiel an der Türe „Türken raus!“ steht.

In den letzten Jahren sind aber auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Das Bewußtsein und das Engagement für die Probleme ausländischer Mitbürger, für ihre Integration ist gewachsen. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Kirchen bemühen sich in der Regel in beispielhafter Form um die Verständigung zwischen den Nationalitäten. Die Aktion der Gewerkschaftjugend „Gelbe Hand - faß meinen Kumpel nicht an“ hat in der Bevölkerung, insbesondere bei Jugendlichen breite Zustimmung gefunden. In den letzten Jahren hat sich besonders die soziale Inte-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umsatzsteuerbefreiung  
nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 UStG



gration der ausländischen Arbeitnehmer in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen auf breiter Basis verbessert. Besonders die gemeinsamen Streikaktionen der letzten Jahre haben die Nationalitäten zusammengeführt.

Insgesamt aber ist die Ausländerentwicklung in der Bundesrepublik vom Diakonischen Werk zu Recht mit Verunsicherung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien und Verschlechterung der Beziehungen von Deutschen insbesondere zu Türken bewertet worden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb eine Große Anfrage „Zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“ eingebracht. Damit soll erreicht werden, daß sich der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode mit den Sorgen und Problemen unserer ausländischen Mitbürger beschäftigt. Anlaß für die Anfrage waren nicht nur die spektakulären ausländerfeindlichen Übergriffe in den letzten zwölf Monaten, wie beispielsweise die Ermordung des türkischen Mitbürgers Ramazan oder die tätlichen Angriffe von Skin-Heads und Rechtsradikalen, sondern die alltäglichen Meldungen in der Lokalpresse über Diskriminierungen gegenüber Ausländern. Das Alltägliche bestimmt das Verhältnis und den Umgang der Deutschen zu ihren ausländischen Mitbürgern. Es ist die Verschiebung der Einstellung großer Teile der Bevölkerung gegenüber Minderheiten, insbesondere gegenüber türkischen Mitbürgern und Asylanten, die große Sorge bereitet. Dies ist der Nährboden für eine gefährliche Rechtsverschiebung in unserer Gesellschaft. Zeitungsmeldungen belegen eindeutig Verschlechterungen.

Die Zahl der willkürlichen Angriffe auf ausländische, insbesondere türkische Mitbürger hat eindeutig zugenommen. Es sind dabei nicht nur Skin-Heads die zur „Jagd auf Ausländer“ aufrufen. Nach wie vor gibt es erhebliche Diskriminierungen für Ausländer in Gaststätten, Sportvereinen und Discotheken. In vielen Einrichtungen wird ihnen der Zugang verwehrt. Es ist auch keine Ausnahme, daß Taxibestellungen mit der Auflage erfolgen, keinen Ausländer als Fahrer zu schicken. Nach wie vor bestehen Mietpraktiken, die Ausländer besonders benachteiligen oder sogar von einem Mietverhältnis ausschließen. Selbst bei großen und kapitalkräftigen Versicherungen sind Fälle von „Türken-tarifen“ bekannt geworden, wo ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien bei der Kraftfahrzeug-Versicherung oder der Hausrat-Versicherung sehr viel schlechter behandelt werden.

Es bestehen Versandhauspraktiken, wo die Bestellungen von Ausländern mit anderen Sicherheiten und datenrechtlich anders erfaßt werden. Schlimmer noch sind die Übergriffe auf türkische Geschäfte oder der eindeutige, heute nicht mehr zu verharmlosende Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen

- in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung und der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit,
- in der abschreckenden Ausländerpolitik des Bundesinnenministers und
- in der veränderten Lebenssituation der Ausländer selbst.

Es ist an der Zeit, in der Ausländerpolitik umzudenken. Die Verhältnisse haben sich zu Lasten der ausländischen Mitbürger derart verschlechtert, daß eine engagierte Ausländerpolitik dringend erforderlich ist.

Der heutige Stand der ausländerpolitischen Diskussion ist jedoch gekennzeichnet von:

- a. Begrenzung, Rückkehrforderung, Zuzugsperrn -, also letztlich der Abschiebung und Verdrängung an Stelle der vorgegebenen Politik der Integration.



- b. einem bewußten Schüren von Vorurteilen unter den Stichworten politischer Extremismus und Kriminalität. Dabei belegt eine saubere Analyse der Kriminalstatistik, daß die Kriminalitätsrate bei ausländischen Mitbürgern geringer ist;
- c. von einer Emotionalisierung der Asylantenfrage. Hier wird politisch bewußt im Vorwahlkampf ein nationalistisches Thema hochgezogen, das man sachlich und organisatorisch entscheiden kann. Der verräterische Sprachgebrauch wie „Asylantenflut“ oder, wie es erst jüngst der Bundeskanzler selbst wieder gesagt hat, „Schein- oder Wirtschaftsasylantentum“ belegt, daß es um Vorurteile und um eine bewußte emotionale Radikalisierung geht.

„Integration der ausländischen Mitbürger“ wird damit zur inhaltslosen Worthülse. In Wirklichkeit findet die Ausländerintegration immer mehr nur noch in die jeweilige Ausländernationalität statt. Ausländerpolitik verkümmert so nur zur Durchsetzung von ordnungsrechtlichen und arbeitsmarktpolitischen Zielen. Mit Gleichbehandlung hat dies nichts zu tun.

Wir müssen aber umdenken, denn mit dem Anwerbestopp von 1973 hat es eine Veränderung in der Situation der Ausländer in der Bundesrepublik gegeben. Statt „Rotation“ gibt es heute in der Regel nur noch den Daueraufenthalt, weil meistens die Lebensperspektive für die Ausländer in der Bundesrepublik noch besser ist als in ihrem Heimatland. Hinzu kommt, daß die zweite und dritte Generation der Ausländer oft ihre Heimat nur von Ferienreisen kennt.

So lange also der Anwerbestopp bestehen bleibt, muß den bei uns lebenden Ausländern mehr Rechte und Lebenschancen gegeben werden. Dies bedeutet insbesondere:

- Schaffung eines Niederlassungsrechtes unter bestimmten Voraussetzungen. Für viele Ausländer, die bereits lange in der Bundesrepublik leben oder die hier geboren wurden, ist unser Land praktisch ein Einwanderungsland.
- Kommunales Wahlrecht, ähnlich den erfreulichen Beispielen in Schweden und den Niederlanden.
- Verbesserung der arbeitsrechtlichen Aufenthaltsbedingungen, langfristiges Ablösen des Arbeitsrechts durch ein reines Aufenthaltsrecht.
- Akzeptierung pluralistischer Lebensformen, die als Chance zur kulturellen Vielfalt begriffen werden müssen.
- Einrichtung einer Ausländersozialarbeit, insbesondere für die ausländischen Frauen in der Bundesrepublik.
- Eindeutige Klarstellung der Unantastbarkeit des Asylrechts.
- Abbau von Verwaltungswillkür und diskriminierenden Verfahren.

Die ausländischen Mitbürger sind für das Leben und die Arbeit in der Bundesrepublik unentbehrlich. Sie haben uns in den letzten Jahrzehnten wertvolle Hilfen geleistet. Deshalb darf nicht Verunsicherung und Ausländerfeindlichkeit zu kennzeichnenden Merkmalen des Verhältnisses von Deutschen zu Ausländern sein, sondern die baldige Verwirklichung einer umfassenden sozialen und politischen Gleichberechtigung.

(-/26.8.1986/rs/ks)

\* \* \*



### Zur Lage in Pakistan

Mit Konfrontation und Gewalt kann die Demokratisierung nicht erreicht werden

Von Georg Schlaga MdB

Die Situation in und um Pakistan ist eine außenpolitische Denksportaufgabe besonderer Art: nach Westen grenzt das Land an Afghanistan mit sowjetischer Besatzung und einer ständig verletzten und bedrohten Grenze - im Osten und Südosten heißt der Nachbar Indien; auch nicht gerade eine Lebensversicherung nach drei Kriegen zwischen den beiden Ländern seit 1947.

Innenpolitisch wurde Pakistan wechselweise von Militärs oder machtvollen „Landlords“ diktiert und manchmal regiert. Der letzte zivile Ministerpräsident, Bhutto, wurde von dem General Zia ul haq (inzwischen nennt er sich Präsident der „Islamischen Republik Pakistan“) 1977 weggeputscht und aufgehängt. Bhutto wurden massive Wahlfälschungen angelastet.

Zia hat sich nur halten können wegen der sowjetischen Invasion in Afghanistan und wegen der unruhigen Grenze zu Indien, aber eben besonders auch wegen des von ihm verhängten und praktizierten Kriegsrechts im Lande (inklusive zahlreicher Inhaftierungen, Parteienverbot, Pressezensur et cetera) und natürlich auch wegen der kräftigen US-Waffen- und Wirtschaftshilfe (1980 3,2 Milliarden Dollar; jetzt stehen erneut circa vier Milliarden Dollar an).

Das Kriegsrecht im Lande ist Ende Dezember 1985 aufgehoben worden; ein Parlament ohne Parteien - aber mit einer kleinen Gruppe erstaunlich couragierter Abgeordneter - gibt es auch.

Als Folge der Aufhebung des Kriegsrechts konnte inzwischen die Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten Bhutto, Benazir Bhutto, - sie ist eine sehr reiche „Land-lady“ - aus ihrem Londoner Exil wieder nach Pakistan zurückkehren. Sie ist seit Jahren Vorsitzende der verbotenen, von ihrem Vater gegründeten „Pakistan Peoples Party“ (PPP). Und sie ist nicht unumstritten. Sie hat im Westen den Aufbau und das Funktionieren von Parteistrukturen zu lernen und zu üben versucht, denn in Pakistan wie in Indien auch, bestehen Parteien fast nur aus „Köpfen“ beziehungsweise Namen, nicht aber aus gut organisierten Mitgliedschaften.



Nach einigen machtvollen Demonstrationen in Karachi, Lahore und im Sindh (diese Provinz am unteren Indus ist Frau Bhuttos ethnische und politische Basis), suchte sie am Unabhängigkeitstag (12. August) trotz Verbot die Konfrontation mit der verhaßten Staatsgewalt.

Ihre Forderung: Rücktritt von Zia ul haq, freie Wahlen noch 1986, und Wiederherstellung der Demokratie.

Sie wurde verhaftet und wollte es wohl auch so. Die danach im Süden von beiden Seiten provozierten Straßenschlachten, besonders in Karachi, forderten mindestens 26 Tote, ungezählte Verletzte, verwüstete Läden, Barrikaden und brennende Autos.

Das kann einem Entwicklungsland der ärmsten Kategorie so oder so nicht gut tun.

Bei der oben geschilderten außenpolitischen Gefahrenlage für Pakistan - eine typische „Sandwich-Position“ - hinzu kommen die von der Sowjetunion geförderten Autonomiebestrebungen der Belutschen im Südwesten und der Pashuten im Osten Pakistans, können die innenpolitischen Probleme nicht auf diese Weise gelöst werden, wie dies Frau Bhutto offensichtlich zu tun beabsichtigt.

Ghulam Jatoi, langjähriger im Untergrund amtierender und arbeitender Vorsitzender der PPP in Pakistan und andere Spitzenfunktionäre der Partei haben sich inzwischen von Frau Bhutto getrennt. Sie wollen den Weg zu mehr Demokratie ohne Gewalt.

Verena Stern schrieb kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“: „Wenn Politiker in Pakistan und Indien statt politischer Kompromisse weiter Konfrontation und Gewalt als Mittel zum politischen Zweck einsetzen, wird der Subkontinent allmählich im politischen Aufruhr versinken - wobei völlig ungewiß ist, wer aus ihm nach oben kommen wird.“ Diese Befürchtung teile ich.

Und was können wir trotzdem tun? Wir sollten unsere intensiven und vielfältigen Hilfen an Pakistan immer wieder mit der Aufforderung an die Regierung verbinden, nicht durch Militäreinsatz Bürgerkrieg zu provozieren, keine Gewalt anzuwenden, die Menschenrechte zu achten und Demokratie gefälligst zu praktizieren!

Das kann allerdings dann nicht erfolgreich sein, wenn die Bundesrepublik Rüstungsgüter an Pakistan liefert.

(-/26.8.1986/rs/ks)

\* \* \*

DOKUMENTATION

„Das Asylrecht wie ein kostbares Kleinod schützen“

Die mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik Deutschland und den Wohlfahrtsverbänden zusammenarbeitende deutsche Rechtsberaterkonferenz für ausländische Flüchtlinge hat angesichts der zunehmenden Asylantendiskriminierung kürzlich folgende Erklärung verabschiedet:

1. Es ist falsch und gefährlich, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, in der das Asylrecht als ein Grundrecht von wesentlicher Bedeutung ist, schon allein deshalb zur Disposition zu stellen, weil die DDR-Regierung politische Flüchtlinge und auch andere Emigranten über Berlin einschleust. Das würde schlechthin bedeuten, unsere Verfassung politischen Einflüssen von außen und ähnlichen Störungen auszusetzen.

Das Grundrecht auf Asyl darf nicht schon deshalb angetastet oder gar ausgehöhlt werden, weil Mißbrauch zu befürchten oder festzustellen ist.

2. Es ist falsch und gefährlich, zu behaupten, unsere Gesetze und unsere rechtsstaatliche demokratische Verfassung sei den Anforderungen, die durch eine wachsende Zahl von Flüchtlingen und Einwanderungswilligen entstehen, nicht gewachsen. Wenn für eine zügige Verteilung und Weiterleitung der in Berlin ankommenden Asylsuchenden in die einzelnen Bundesländer gesorgt wird, was sowohl technisch als auch personell möglich ist, dann kann nach geltendem Recht das Prüfungsverfahren ebenso schnell und zügig durchgeführt werden.
3. Es ist falsch und gefährlich, mit manipulierten Zahlen in der Bevölkerung Angst und Fremdenfeindlichkeit zu erzeugen und für die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl zu werben. Unsere freiheitliche Verfassung steht nicht zur Disposition, und das Grundrecht auf Asyl darf nicht zu Wahlkampfthemen verkommen.
4. Es muß verwundern, daß gerade die Kreise, die die Verfassung vor Angriffen und anderen Einschränkungen zu schützen vorgeben, zuerst nach ihrer Änderung rufen und ein Grundrecht in seiner Substanz angreifen. Man kann nicht den Reichtum und den Wohlstand in unserem Land in den höchsten Tönen preisen und verherrlichen und gleichzeitig mit einer Kampagne gegen das Asylrecht die Gefährdung dieses Wohlstandes und Reichtums in den schwärzesten Farben an die Wand malen.

Christliche Politiker sollten an das Bibelwort denken: „Wem Viel anvertraut ist, dem wird Viel abverlangt.“

5. Das Asylrecht ist nicht nur ein Grundrecht, welches von allen freien Völkern anerkannt und gefordert wird. Es ist Symbol für die Souveränität und für den Humanismus eines Staates und seiner Gesellschaft. Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses hohe Gut als Mitglied der Vereinten Nationen durch Unterzeichnung der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen und durch ausdrückliche Aufnahme in ihr Grundgesetz anerkannt. Dieses Recht wie ein kostbares Kleinod zu schützen, ist Auftrag der Verfassung und Aufgabe aller Bürger, denen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ein Anliegen ist.

(-/26.8.1986/rs/ks)

\* \* \*

